

Argumente zur Hochschulpolitik

G.Graefen

- In den Medien ist gelegentlich von einer "Bildungsmisere" in Deutschland die Rede. Abgesehen davon, dass deutsche Schüler in europäischen Tests schlechter gerechnet und gelesen haben als die aus anderen Ländern (wobei keiner so genau sagen kann, was davon eigentlich abhängt), funktioniert Bildung gerade so gut, wie es bei einem chronisch unterfinanzierten Bildungswesen mit unverdrossen ausgleichsbereiten Pädagogen möglich ist. Und ebenso gut wie früher, vor den Klagen über Bildungsmängel. Anlässe und Gründe für die Klagen, die von politischer und von Unternehmer-Seite vorgetragen wurden und derzeit besonders das Hochschulwesen betreffen, liegen eindeutig außerhalb des Bildungssektors: Unzufriedenheit mit der ökonomischen und politischen Macht, die Deutschland international aufbieten kann, lässt das Bildungswesen als "Standortnachteil" erscheinen. Diesem äußeren Maßstab entspricht es durchaus, dass die "Reformen" sehr rücksichtslos gegen die über Jahrzehnte hinweg 'gewachsenen' Strukturen vorgehen.
- Da der Vergleich mit anderen Ländern Motor der geplanten Änderungen ist, hält offenbar niemand eine reelle Bilanz von Erfolg und Misserfolg des deutschen Hochschulsystems für nötig, um dann daraus Verbesserungen abzuleiten. Es reicht (angeblich) der Blick auf die erfolgreichen Nationen, um zu wissen, was hierzulande zu tun ist, nämlich deren Bildungsinstitutionen möglichst exakt kopieren. Ein Land, dessen Machtentfaltung in der ganzen Welt man hierzulande bewundert, gilt deshalb auch in seinen Bildungsleistungen als vorbildlich, obwohl man früher über die eher die Nase rümpfte, wenn es sich nicht gerade um Cambridge und Harvard handelte. Ohne also zu überprüfen, ob überhaupt und in welcher Beziehung amerikanische Ausbildungsgänge und die Forschungsorganisation effektiver sind als hierzulande, wieweil die Studenten hier und dort in welcher Zeit lernen, wird einfach ein **Vorurteil** über die Effektivität speziell der englisch-amerikanischen Studiengänge den deutschen Universitäten aufoktroiert. Jahrzehntelange Erfahrungen und Verbesserungstätigkeiten im deutschen Ausbildungssystem werden dafür weggeworfen.
- Ein Reformziel heißt "praxisnahe Ausbildung". Alle neuen Studiengänge bemühen sich um die möglichst genaue Beschreibung der zu erreichenden Berufsqualifikationen. Ausbildung für den Arbeitsmarkt – das war früher mit gutem Grund nicht das Ziel der Hochschulausbildung. Gern berief man sich dafür auf das Ideal Humboldtscher Universalbildung, zumindest in Feierstunden. Praktisch wichtiger war wohl die Einsicht, dass der Arbeitsmarkt sich laufend ändert, dass dieser Markt also keine auch nur halbwegs stabile Planungsgrundlage darstellt, weder für die individuellen Planungen noch für die universitären Studiengänge. Sogar die Lehrerstudenten mit nur einem Arbeitgeber wissen, wie unzuverlässig selbst dieser Arbeitsmarkt ist. Je enger ein Ausbildungsgang an den Arbeitsmarkt angekoppelt ist, desto leichter und schneller wird der Abschluss durch Konjunkturverläufe und firmenspezifische Anforderungen entwertet. Derzeit wird nun – wider besseres Wissen – das Wunschbild einer marktgerechten und gleichzeitig kürzeren und billigeren Ausbildung propagiert.
- Bisher wurden die Hochschulen staatlich finanziert, einzelne Forschungsprojekte zusätzlich von außen. Nun wird die staatliche Förderung mehr und mehr von der Einwerbung solcher "Drittmittel" abhängig gemacht: Wer sich in der Konkurrenz um Mittel der Forschungsinstitute oder der Wirtschaft durchsetzt, wird dafür mit zusätzlichen Haushaltsmitteln belohnt. Dies soll als "Leistungsanreiz" wirken. Dafür muss ein riesiger Aufwand für die – meist erfolglose - Bewerbung um Forschungsmittel getrieben werden, der rein gar nichts mit Effektivität zu tun hat. Bringen dann wenigstens die Erfolgreichen die Forschung weiter? Nun ja. Entweder sie bringen den Geldgebern aus der Wirtschaft ökonomisch ver-

wertbare Resultate (darauf setzt die Standortpolitik), oder sie machen sich bei der DFG und ähnlichen Geldgebern damit interessant, dass sie ihr Projekt als wichtig für den nationalen Fortschritt präsentieren. (Nach den Ergebnissen kräht dann kein Hahn, die Einwerbung **ist** schon der Erfolg.)

- Soweit die Ergebnisse das Mittel sind, sich in der Konkurrenz um weitere Geldmittel nach vorn zu schieben, ist es kein Wunder, wenn vermehrt Betrugsfälle von sich reden machen. Wer trotz unerwünschter Resultate seine Elitestellung nicht verlieren will, manipuliert sich die "richtigen" Zahlen herbei. Ziemlich abgehängt in diesem unedlen Wettstreit sind die geisteswissenschaftlichen "Elfenbeinturm"-Sitzer. Die mögen etwas Richtiges wissen, haben aber kaum Chancen, sich für Geldgeber interessant zu machen. Ihre Haushaltsmittel werden mit den eingeführten Automatismen von Jahr zu Jahr weniger.
- Früher hatten die staatlichen Instanzen (die Bundesländer) darauf geachtet, die Produktion ebenso wie die Vermittlung von Wissen freizuhalten von staatlichem Einfluss (siehe Grundgesetz) ebenso wie von ökonomischen Zwängen, wie sie in der marktwirtschaftlichen Konkurrenz auftreten. Jetzt wird anscheinend das genau entgegengesetzte Ziel verfolgt: Konkurrenz und Marktprinzipien sollen in **alle** Bereiche des hochschulischen Lebens einziehen und dort für größere "Effizienz" garantieren. Worin besteht die, und wer überprüft das? Ganz einfach: Fakultäten und Forschergruppen, die bei externen Geldgebern anerkannt sind, werden wiederum mit Geld zur "Elite" bzw. zur "Spitzenforschung" ausgebaut; was die treiben, **gilt** dann eben als wertvolle Wissenschaft. Die nötigen rechtfertigenden Gutachten gibts noch immer, wenns um Forschungsgelder geht. Der nicht gesponsorte Rest wird dann allerdings heruntergestuft und protestiert vergebens.
- Überall hält das Bezahlen Einzug. Das kostet die Studenten erst einmal einiges, so als ob Bildung eine Art Ware wäre, die sie kaufen könnten. In Wahrheit müssen sie sich ihre Abschlüsse natürlich erst erarbeiten. In Zukunft soll der Student sich freuen, dass er nun den tollen Status eines "Kunden" hat, in einer Art Dienstleistungsbetrieb. Dafür – für Dienstleistungsansprüche - sind die Universitäten allerdings nun wieder gar nicht eingerichtet, denn nach wie vor sind sie unterfinanziert. Die angeblichen Vorteile von Studiengebühren und Wahlfreiheit schlagen auf die Studenten zurück: Der größte Teil schafft es nur noch an die Unis und in die Fächer, die für die Massenabfertigung bereit stehen – im Gegenzug zu und als Ergebnis des Erfolgs der Eliteuniversitäten und der Fachbereiche, die sich teuer verkaufen und ihre Studenten aussuchen können. Da tröstet es wenig, dass die Gebühren bei Massenuniversitäten niedriger sind, denn auf dem Arbeitsmarkt gelten diese Abschlüsse dann weniger.